zeit.de

Deutschland und der Ukraine-Krieg: Die BRD ist für immer vorbei

Nils Markwardt

24-29 Minuten

Dieser Artikel ist Teil des ZEIT-ONLINE-Schwerpunktes "Wieder Krieg" aus unserem Ressort X. Eine Auswahl weiterer Schwerpunkte finden Sie hier.

Sechs Monate ist es nun her, dass die russische Armee ihren Angriffskrieg begann. Sechs Monate, in denen sich die Ukrainerinnen und Ukrainer unter abertausenden von Opfern gegen eine Invasion ihres Landes zur Wehr setzen, für welche die Kreml-Strategen offenbar nur wenige Wochen eingeplant hatten. Sechs Monate, in denen Städte wie Mariupol oder Charkiw zu Ruinenwüsten gebombt wurden.

Dass in Europa seit dem 24. Februar der größte militärische Konflikt seit dem Zweiten Weltkrieg tobt, hat auch die globale Sicherheitsarchitektur, die weltweiten Handelsströme und die transnationalen Energieflüsse verschoben. Schweden und Finnland werden bald der Nato beitreten. Der Westen hat Russland mit Sanktionen belegt. Und in Deutschland werden hastig LNG-Terminals hochgezogen und Kohlezüge bekommen Vorrang eingeräumt.

Doch es vollziehen sich nicht nur solche direkt sichtbaren Entwicklungen nach einem halben Jahr Krieg in der Ukraine. Vielerorts hat der russische Angriff auch lang gehegte Gewissheiten infrage gestellt und blinde Flecken im Selbstverständnis aufgedeckt. Allen voran in Deutschland. Denn es ist nicht allein der kollektiv kultivierte Selbstbetrug, wonach die Abhängigkeit von russischer Energie schon zu keiner politischen Erpressbarkeit durch Wladimir Putin führe, der der Bundesrepublik nun womöglich einen kalten Winter und hitzige Sozialproteste

beschert.

Minden 2020 © Christian Werner

Langfristig scheint etwas anderes viel entscheidender: Soll die vom Bundeskanzler ausgerufene Zeitenwende nicht bloße Floskel bleiben, reicht es nicht, Geld auf die Bundeswehr zu werfen. Vollzieht sie sich in aller Konsequenz, bedeutet sie vielmehr einen Paradigmenwechsel im deutschen Selbstverständnis. Genauer: ein

kategorial anderer Umgang der Deutschen mit ihrer Armee, mit staatlich organisierter Gewalt sowie der eigenen Rolle in der Welt.

Dies allein hätte schon eine immense politische Sprengkraft. Doch solch eine Zeitwende stellt en passant auch einen Bruch mit jener deutschen Mentalitätsgeschichte dar, die der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg zwar einerseits die Demokratisierung und Pazifizierung ermöglichte, andererseits aber nur zu bestimmten Folgekosten zu haben war, die sich mittlerweile nicht mehr auslagern oder verdrängen lassen. Eine Mentalitätsgeschichte, die vom Antikommunismus der Adenauerzeit über *Derrick* und die Friedensbewegung bis zu den Offenen Briefen der Gegenwart führt.

Dass diese deutsche Mentalität durch den Ukraine-Krieg zur Disposition gestellt wird, konnte man schon daran erkennen, dass unmittelbar nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs sowohl in den Medien als auch in privaten Unterhaltungen ein Fragenkomplex immer wieder auftauchte: Würde man im Fall der Fälle sein Land, seine Familie, seine Freunde ebenfalls mit der Waffe verteidigen? Würde man fliehen? Würde man überhaupt zu etwas in der Lage sein?

Angesichts der Bilder von vorrückenden Panzern mögen derlei Fragen reflexhaft aufkommen, weshalb sie sich mit Sicherheit auch in anderen Ländern gestellt wurden. Doch scheinen sie hierzulande Ausdruck einer besonders großen Form der Rat- und Hilflosigkeit. Und das nicht zuletzt deshalb, weil sie etwas Grundsätzliches berühren.

Gehört es heute zwar zum deutschen Selbstverständnis, nach vielen gleichermaßen irrigen wie kriegerischen Sonderwegen dann doch den "langen Weg nach Westen" (Heinrich August Winkler) geschafft und eine "geglückte Demokratie" (Edgar Wolfrum) geworden zu sein, wird bisweilen vergessen, welche ineinandergreifenden Entwicklungen dafür nötig waren. Dass aus jenen Deutschen, die enthusiastisch den Todeskult der Nazis zelebriert und mit dem Holocaust einen unvergleichlichen Zivilisationsbruch begangen hatten, alsbald eine Nation wurde, die mehrheitlich ein Nicht-Verhältnis zu ihrem Militär pflegt und über Krieg weitestgehend nur in historischen Kategorien zu denken vermag, nimmt seine Anfänge in der Adenauer-Zeit.

Ungestörte Ruhe, am besten hinter der blickdichten Hecke

Delbrück 2020 © Christian Werner

Wie der Historiker Frank Biess in seinem 2019 erschienenen Buch *Republik der Angst* nachzeichnet, waren die Jahre nach 1945 von einer massiven Kriegsangst der Deutschen geprägt. Die Bombennächte erschienen vielen noch allzu präsent und aus der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, die wenige Jahre zuvor noch den heroischen "Opfergang" in den Tod beschworen hatte, war binnen kürzester Zeit eine tragische Leidensgemeinschaft geworden, die sich nun als erstes Opfer Hitlers sah. Dementsprechend stark zirkulierte die Angst, zum Ziel von Racheaktionen der Alliierten zu werden oder gar den atomaren Erstschlag abzubekommen.

Wie groß diese Kriegsangst tatsächlich war, verdeutlicht eine Emnid-Umfrage aus dem Januar 1962, wonach 55 Prozent der Westdeutschen einen Atomkrieg in den nächsten drei Jahren für "möglich" oder gar "wahrscheinlich" hielten. Diese verbreitete Furcht vor der militärischen Eskalation, die sich auch durch die Gründung der westdeutschen Bundeswehr im Jahr 1955 sowie der ostdeutschen NVA im Jahr 1956 noch verschärfte, erschien der Bonner Regierung indes zunehmend als Problem. Aus der Warte Adenauers handelte es sich um eine Form der emotionalen Instabilität, die bei der Blockkonfrontation wenig zu gebrauchen

war. Der Bundeskanzler wollte die Angst vor der atomaren Katastrophe auf ein "richtiges Maß" stutzen.

Ein wesentlicher Faktor bei der Bewältigung dieser Kriegsangst, so schildert es Biess in seinem Buch, war nun eine "Verschiebung von äußeren zu inneren Ängsten". Und zwar mittels antikommunistischer Kampagnen. Die politisch geschürte Furcht vorm tiefroten Feind im Inneren, die spiegelbildlich in der DDR mit der Angst vorm imperialistischen Klassenfeind funktionierte, offenbarte sich als effektiver Weg des kollektiven Gefühlsmanagements. Dort, wo in Westdeutschland zuvor die amorphe Angst vor dem Atomtod herrschte, wurde diese bald durch die konkrete Panik vor Moskaus fünfter Kolonne sowie sogenannten "Rückversicherern" ersetzt. Unter diesem mythisch aufgeladenen Begriff firmierten seinerzeit Menschen, die vermeintlich mit Kommunisten zusammenarbeiteten, um für den Fall einer Machtübernahme der Sowjets gewappnet zu sein.

Bonn 2017 © Christian Werner

Das antikommunistische Emotionsmanagement zeigte seine Wirkung. Obschon die Kriegsangst der Deutschen sich punktuell immer wieder bemerkbar machte. Etwa als die Bonner Regierung im Herbst 1961 eine Luftschutz-Kampagne unter dem Titel "Jeder hat eine Chance" lancierte und dafür massive Empörung erntete, weil in der entsprechenden Broschüre empfohlen wurde, man solle sich im Falle eines Atomschlags die Aktentasche über den Kopf

ziehen. Die Angst vor der kollektiven Vernichtung nahm dennoch immer weiter ab.

Letzteres hatte auch damit zu tun, dass sich der Status quo des Kalten Krieges weiter verfestigte und ein plötzlicher Atomkrieg unwahrscheinlicher wurde. Zudem kamen die Westdeutschen immer mehr in den Genuss des konsumgesellschaftlichen Überflusses, sodass der Quelle-Katalog zur ideologischen Klammer der Bundesrepublik avancierte. Im Kaiserreich und in der Nazizeit gehörte es oft noch zum nationalen Selbstverklärungskitsch, sich als Gegenpol zum merkantilen Westen zu verstehen, der nur Geld und Geschäfte kenne, während man in Deutschland Geist, Seele und Natur hochhalte. Aus dieser Perspektive ist es ein umso glücklicherer Umstand, dass die Bundesrepublik infolge des Wirtschaftswunders ein geradezu erotisches Verhältnis zu seinen Außenhandelsbilanzen entwickelte.

Aus der westdeutschen Wirtschaftskraft erwuchs nicht nur innerer Wohlstand, sondern auch ein Primat des Ökonomischen, das sowohl das aufkeimende "Wir sind wieder wer"-Gefühl befriedigte als auch eine umfangreiche Scheckbuchdiplomatie ermöglichte. Diese deutsche "Wandel durch Handel"-Mentalität, die Anfang der 1970er Jahre die Lieferung von Großrohren an die Sowjetunion einleitete, für die man im Gegenzug sibirisches Erdgas bezog, wirkte bekanntlich bis in die jüngere Gegenwart. Schließlich wurde der Bau von Nord Stream 2 auch immer damit legitimiert, man könne Putins Autoritarismus durch wirtschaftliche Verflechtung mindestens eindämmen.

Bonn 2017 © Christian Werner

So sehr sich die alte Bundesrepublik unter dem Schutz amerikanischer Atomraketen zum ökonomischen *global player* hochgehandelt hatte, so sehr kultivierte sie nach innen jedoch einen geistigen Provinzialismus. So zumindest lautete die provokante These, die der Publizist und einstige *FAZ*-Literaturchef Karl Heinz Bohrer 1984 in einer Polemik im *Merkur* aufstellte. Laut Bohrer war die westdeutsche Bevölkerung nicht nur buchstäblich außer Form geraten, da ihre Liebe zu Schweinskeule und Kalbsnierchen alles Schöne durch eine omnipräsente "Fettästhetik" ersetzt habe, sondern die Bonner Republik strebe ebenso nach "universeller Idylle". Zwischen Bielefeld und Bodensee wollte man demnach vor allem eines: seine Ruhe haben, am besten hinter der blickdichten Hecke.

Für Bohrer zeigte sich darin nicht nur ein ästhetisches Problem, sondern auch ein gesellschaftliches. Denn der deutsche Provinzialismus, der von Helmut Kohl idealtypisch repräsentiert wurde, offenbarte auch eine Form der radikalen Entpolitisierung. Wo nur Idylle sein darf, vollziehe sich eine "Kriminalisierung von Konfliktbereitschaft". Das allgegenwärtige Bedürfnis nach Harmonie und Versöhnung habe "den Sinn für Widersprüche, für Feindschaft, für Politik zerstört, dafür aber das Bedürfnis nach Niemehrpolitik

gebracht".

Solch eine Klage darüber, dass die Deutschen den Begriff des Feindes verdrängt hätten, mag sich im ersten Moment reaktionär, ja womöglich sogar revanchistisch anhören. Tatsächlich ist sie jedoch das Gegenteil. Sie zielt nämlich nicht darauf, dass die einst so feindverrückten Deutschen sich wieder auf kriegerische Sonderwege begeben sollten, sondern kritisiert vielmehr die Unfähigkeit, eminent politisch zu denken.

"Respekt für die Truppe"

Minden 2020 © Christian Werner

Zur Erklärung: Der Staatsrechtler Carl Schmitt, der durch seine Karriere unter den Nazis als "Kronjurist des Dritten Reichs" firmiert, bis heute aber auch von linken Theoretikern rezipiert wird, hatte in seiner 1932 erschienenen Schrift *Der Begriff des Politischen* die Freund-Feind-Unterscheidung zum Kern des Politischen erklärt. Die Wir-sie-Differenz – ob zwischen einzelnen Staaten oder zwischen Regierung und Opposition – sei das dem Politischen eigene Kriterium, sie unterscheide es von anderen Gebieten wie der Ökonomie, der Ästhetik oder der Moral. Doch ein politischer Feindbegriff verhindere auch das Aufkommen eines moralischen Feindbegriffs. Während der politische Feind nämlich immer relativ ist, weil er nicht moralisch böse sein muss und deshalb permanent wechseln kann, ist der absolute Feind moralisch verdammenswert

und deshalb im Zweifelsfall auch zu vernichten.

Es ist also gerade die politische Idylle, hinter deren gestutzten Gartenhecken die Auslöschungsfantasien blühen. Daraus erklärt sich auch der konservative Furor, der in der alten Bundesrepublik zuerst der Studenten- und später der Friedensbewegung entgegenschlug. Denn wer stört, der muss im Zweifelsfall weg. Zumal sich dieser Reflex auch bis in die Gegenwart erhalten hat. So bemerkte der Schriftsteller Frank Witzel in dem 2016 gemeinsam mit dem Kulturwissenschaftler Philipp Felsch herausgegebenen Gesprächsband *BRD Noir*, dass in der heutigen Rhetorik von Rechtspopulisten stets dieses Nörgelige zum Tragen komme, "weil man schon die Existenz eines Gegners als persönliche Kränkung empfindet" und dann dementsprechend auf die völlige Ausgrenzung drängt.

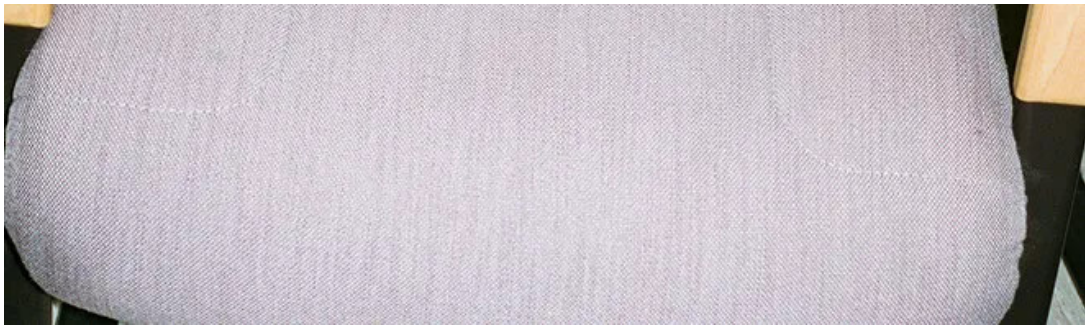
Diese politische Feindschaftsvergessenheit zeigte sich in der alten Bundesrepublik keineswegs nur im konservativen Klinkermilieu, sondern auch innerhalb der Friedensbewegung. So wichtig deren Impulse für die Abrüstungsdebatten waren und so sehr die meisten Beteiligten eine ernsthafte wie rationale Sorge um den Weltfrieden antrieb, war sie in ihrem Betroffenheitskitsch ebenfalls nicht frei von absoluten Feindzuschreibungen, die bisweilen sogar zur historischen Selbstentlastung und Holocaustrelativierung führte.

Wie Frank Biess in seinem Buch illustriert, sprachen Aktivisten nicht nur vom "nuklearen Holocaust", sondern in grafischen Darstellungen erschienen amerikanische Militärbasen mitunter als mit Stacheldraht umzäunte Konzentrationslager. Die Theologin Dorothee Sölle bezeichnete Pershing II-Raketen wiederum als "fliegende Verbrennungsöfen" und bei einer Demo gegen eben diese Marschflugkörper im baden-württembergischen Mutlangen tauchten Aktivisten in Uniformen von KZ-Häftlingen auf.

Die bundesrepublikanische Populärkultur hatte für derlei abgründige Verwicklungen indes durchaus ein Sensorium. Wenn Horst Tappert als Oberinspektor Stephan Derrick seit 1974 in jene fatalen Abgründe blickte, die sich hinter dem Wohlstand Münchner Villen auftaten, war das, so bemerken Frank Witzel und Philipp Felsch in ihrem gleichnamigen Buch, eine Form von "BRD Noir", ein offener Blick auf die monströsen Risse im idyllischen Wohlstandsgefüge. Zumal *Derrick*, die in über 100 Ländern ausgestrahlte Serie über den friedliebenden Gentleman-

Kommissar, aus heutiger Sicht auch noch über eine gleichermaßen zynische wie passende Pointe verfügt: kam doch 2013 heraus, dass Horst Tappert als junger Mann Mitglied der Waffen-SS war und dazu noch in der Totenkopf-Division diente.

Besieht man diese Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik, so wird an ihr zunächst eines deutlich: Das, was den Westdeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg Demokratisierung und Westbindung ermöglichte – nämlich Umleitung der Kriegsangst, Ökonomisierung und Provinzialisierung –, hatte stets seine Kehrseiten. Oder zugespitzter: Musste man den Deutschen nach der Naziherrschaft ihren Willen zum massenmörderischen Expansionismus austreiben, so war das vielleicht tatsächlich nur möglich, indem sich die Bonner Politik als eine Mischung aus Handelsvertretung und Provinzverwaltung verstand.



Minden 2020 © Christian Werner

Als einen Staat also, in dem Dissens im Inneren als verdächtig gilt und nach außen die Geschäfte stört. Doch hatte das eben zur Folge, dass die Bundesrepublik nie im eminenten Sinne politisch geworden ist, also nie ernsthaft darüber nachdenken musste, wie man politisch damit umgeht, wenn der bloße Interessenausgleich an seine Grenzen gerät. Etwa dann, wenn in Europa ein Land das andere überfällt.

Diese Abwesenheit des Politischen vermochte sich die Bundesrepublik so lange zu leisten, wie die USA den Job der Freund-Feind-Unterscheidung übernommen haben. Im Schatten der amerikanischen Atomraketen strich die Bundesrepublik die Friedensdividende ein. Und genau deshalb kann Deutschland bis heute ein so eigentümliches Nicht-Verhältnis zu seinem Militär pflegen. Nun ist es zwar keineswegs so, dass die Bundeswehr seit ihrer Gründung Mitte der 1950er Jahre keine Rolle gespielt hätte, immerhin leisteten Millionen Menschen bei ihr ihren Wehrdienst. Zudem hatte sie zu Zeiten des Kalten Krieges 600.000 Soldaten in ihren Reihen. Doch kommt es eben auch nicht von ungefähr, dass die Bundeswehr sich in ihrer Selbstdarstellung im Prinzip bis heute als eine Art Mittelstandsunternehmen mit angeschlossener Waffenabteilung präsentiert, das gute Ausbildung und solide Karrieren verspricht.

Das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Armee besteht nach wie vor im besten Fall in einer wohlwollenden Indifferenz. Es stimmt zwar, dass die Beteiligung der Bundeswehr am Nato-Einsatz im Kosovo zu hitzigen politischen Debatten führte, man denke an den Farbbeutelwurf auf den damaligen Außenminister Joschka Fischer. Doch scheint das nur eine kurze Episode gewesen zu sein.

Hatte selbst der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr nur bedingt für anhaltendes Interesse der deutschen Bevölkerung gesorgt, gehört es bis heute zu den fast ritualhaften Aufgaben hiesiger

Verteidigungsministerinnen, mehr "Respekt für die Truppe" zu fordern. Dass man sich aber auch im Bendlerblock selbst nicht ganz sicher zu sein scheint, was das konkret bedeuten sollte, zeigte sich dann wiederum 2020 in der etwas hilflosen Verwaltungsgeste Annegret Kramp-Karrenbauers, uniformierten Bundeswehrangehörigen freie Fahrt in der Bahn zu ermöglichen.

Spätestens nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine wird Deutschland jedoch nicht darum herumkommen, sein Verhältnis zur eigenen Armee neu, ja überhaupt zu bestimmen. Drängten die USA erst unter Barack Obama und anschließend unter Donald Trump immer vehementer darauf, dass Deutschland seine Verteidigungsausgaben erhöhen und eine stärkere Führungsrolle in Europa einnehmen müsse, plädieren Warschau oder London heute für Ähnliches. Auf einer jüngst erschienenen Ausgabe des britischen *Economist* ist etwa ein Bundesadler zu sehen, der frisch aus einem Ei schlüpft. Im dazugehörigen Artikel fordert das Wirtschaftsmagazin, dass die Erhöhung des deutschen Wehretats erst der Anfang sein könne.

Nun heißt das nicht, dass man der Militarisierung der deutschen Außenpolitik das Wort reden müsste. Denn es ließen sich eben auch Argumente dafür finden, warum Deutschland für die ihm angetragene Führungsrolle in Europa nicht geeignet ist. Allen voran jenes, dass die Bundesrepublik darauf nicht ausreichend vorbereitet zu sein scheint. Denn so geglückt die Demokratie der Berliner Republik heute auch zweifellos ist, so unsicher kann man sich sein, ob sie in Fragen von Freund und Feind, von Krieg und Frieden tatsächlich einen ausreichend politischen Umgang gefunden hat. Oder andersherum formuliert: Würde Deutschland auch militärisch zu einer demokratischen Führungsmacht in Europa, müsste es das langsam entstehende Vakuum füllen, das die USA durch ihre Hinwendung zum pazifischen Raum erzeugen. Das wäre eine Rolle, die die Bundesrepublik noch nie hatte.

Sie würde sich damit schwertun. Das zeigt nicht nur der Umstand, dass die Berliner Regierung auch im Fall des Ukraine-Kriegs immer erst dann entschlossen handelte, nachdem Washington, London oder Warschau vorgelegt hatten. Es wird auch deutlich, wenn man sich an den noch nicht allzu lang zurückliegenden Rücktritt des einstigen Bundespräsidenten Horst Köhlers im Jahr 2010 erinnert. Diese – halb vergessene, halb belächelte – Episode scheint aus

der Perspektive des Jahres 2022 nämlich überaus aufschlussreich.

Nachdem Köhler in einem Interview bemerkt hatte, es müsse "in der Breite der Gesellschaft" verstanden werden, dass für ein Land mit einer solchen Größe und Außenhandelsabhängigkeit wie der Bundesrepublik "im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren", erntete er dafür enormen Protest. Der Grünenpolitiker Jürgen Trittin warf Köhler etwa "Kanonenbootpolitik" vor. Köhler, der sich nach Eigenaussage damit lediglich auf Einsätze mit UN-Mandat wie dem Kampf gegen Piraterie vor der Küste Somalias bezog, fühlte sich von den Vorwürfen derart gekränkt, dass er von seinem Amt zurücktrat.

Ganz gleich, ob man in Köhlers Worten nun tatsächlich die Forderung nach einer Militarisierung der Außenhandelspolitik erkennen mag oder darauf hinweist, dass bereits in den "verteidigungspolitischen Richtlinien" aus dem Jahr 1992 von der "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" die Rede war: Aus heutiger Sicht erstaunt in jedem Fall, wie kurzlebig und oft auch wenig ernsthaft diese Debatte nach Köhlers Rücktritt geführt wurde.

Nun zu den wirklich politischen Fragen

Mit dem Krieg in der Ukraine sind die damals nur ansatzweise verhandelten Fragen nun jedoch drängender denn je. Zumal sie sich an alle politischen Spektren richten. Wer für eine militärische Führungsrolle Deutschlands votiert, müsste darlegen können, dass die Bundesrepublik dazu auch tatsächlich in der Lage ist. Dass sie nach historischen Sonderwegen und jahrzehntelanger Provianzialisierung also ein ausreichend politisches Verhältnis zur eigenen Armee gefunden hat. Würde Deutschland durch solch eine Führungsrolle nämlich noch weiter ins Zentrum internationaler Konflikte rücken, wüchsen damit auch die Ansprüche als Ordnungsmacht. Und das hieße: Das Land, das in seiner Geschichte zweimal die halbe Welt überfallen hat, müsste fortwährend darüber entscheiden, wem gegenüber es militärische Gewalt zumindest anzudrohen bereit ist.

Wem die Vorstellung einer Ausweitung der militärischen Rolle Deutschlands deshalb ein Graus ist, müsste indes nicht nur

aufzeigen, wie die zukünftige Sicherheitsarchitektur Europas realistischer Weise dann ohne einen Mehrbeitrag der Bundesrepublik aussähe. Er müsste der Ukraine auch offen sagen, dass man leider nicht mehr für sie tun kann, nein, tun will. In diesem Punkt waren die viel diskutierten Offenen Briefe von hiesigen Intellektuellen ja immerhin erfreulich klar.

Derjenige müsste aber auch erklären, wie man langfristig mit jenen außenpolitischen Verwerfungen umginge, die die deutsche Verweigerung einer Führungsrolle bei den USA oder den osteuropäischen Verbündeten zwangsläufig auslöste. Und da nun ja schon ausreichend darüber diskutiert wurde, ob man sein Land persönlich mit der Waffe verteidigen würde, könnte man damit vielleicht wirklich zu den politischen Fragen kommen.

In einer früheren Version des Textes war fälschlicherweise von Cherson statt Charkiw die Rede. Wir haben diesen Fehler korrigiert.

--

Dieser Artikel ist Teil des ZEIT-ONLINE-Schwerpunktes "Wieder Krieg" aus unserem Ressort X. Eine Auswahl weiterer Schwerpunkte finden Sie hier.

Startseite